

# EUROPA HÖRT

EINE DIALOGREISE



ABSCHLUSSBERICHT

#EuropaHört

## INHALT

<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	03
<b>DIE METHODIK DES DIALOGFORMATS</b>	04
<b>DOKUMENTATION</b>	07
<b>Geschlossene Runde</b>	07
Europa-Assoziationen	07
Identität	07
Soziales	08
Arbeit und Arbeitsmobilität	09
Migration	10
<b>Offene Runde</b>	12
In erster Linie fühle ich mich als...	12
Ein-Punkt-Abfrage	13
Stille Diskussion	14
EU-Quiz	15
Wunsch	16
<b>DIE ERKENNTNISSE DER DIALOGREISE</b>	16
Frieden und Reisefreiheit	16
Bürokratie als Gegnerin der europäischen Idee	17
Kritischer Blick nach Osten	17
Die „Immer-deutsche-Brille“	18
Europa überzeugt im Kleinen	18
<b>SCHLUSSFOLGERUNGEN</b>	19
<b>GESAMMELTE WÜNSCHE</b>	20
<b>DANK / AUTORIN / DAS PROGRESSIVE ZENTRUM</b>	22
<b>IMPRESSUM</b>	23

## ZUSAMMENFASSUNG

Das Projekt „Europa Hört – eine Dialogreise“ hatte zum Ziel, jenen Stimmen Gehör zu verschaffen, die in den üblichen Debatten der Großstädte selten gehört werden. In zehn Orten verschiedener Bundesländer, welche unter anderem durch Strukturschwäche, Abwanderung oder eine hohe Arbeitslosenquote gekennzeichnet sind, veranstaltete das Projektteam BürgerInnendialoge. In diesen wurden die Meinungen und Gefühle rund um Europa diskutiert. In jedem Ort gab es eine geschlossene, moderierte Gesprächsrunde mit sieben bis zwölf Teilnehmenden zu drei Schwerpunktthemen: Soziales, Arbeit und Arbeitsmobilität sowie Identität und Migration. Darauf folgte eine mehrstündige offene Runde mit vielfältigen niedrigschwelligen Dialogangeboten rund um das Thema Europa.

Die Auswertung aller 190 Begegnungen zeigt, dass europäische Errungenschaften wie **Frieden und Reisefreiheit** vor allem von älteren Teilnehmenden häufig hervorgehoben wurden, während jüngere diese zwei Elemente als gegeben ansahen. Die Wahrnehmung von unnötiger, erschwerender **Bürokratie in der EU** stand der eigentlich starken Befürwortung von europäischer Zusammenarbeit direkt entgegen. Des Weiteren wurde **„Osteuropa“** bei den Teilnehmenden fast ausschließlich mit Ressentiments verbunden: von der Sorge über die politische Entwicklung, Zweifeln an sozialökonomischer Verträglichkeit bis hin zu kultureller Abgrenzung. Ebenso wurde jedoch Unmut über eine schlechte Behandlung von OsteuropäerInnen hierzulande geäußert. Eine emotionale Verbindung zu Europa bestand fast ausschließlich aufgrund **persönlicher kleiner Erlebnisse**. Eine Verbindung zu den politischen Institutionen wurde nicht aufgebaut, obwohl diese durch ihre Arbeit erst die Grundlage für eben jene persönliche Erlebnisse geschaffen

haben. **„Gemeinsame europäische Werte“** genossen einen hohen Stellenwert. Allerdings sahen die Teilnehmenden die Umsetzung von Aufgaben oder die Beurteilung von Verantwortung stets durch eine **nationalstaatliche Brille** statt aus einer europäischen Perspektive.

Auf Grundlage dieser Beobachtungen zieht das Projektteam folgende **Schlussfolgerungen** für das Handeln von EntscheidungsträgerInnen in Politik, Medien und Zivilgesellschaft: Es sollten **mehr BürgerInnendialoge auf Augenhöhe statt Frontalbeschallung** stattfinden. Die TeilnehmerInnen sprachen gerne miteinander über Europa, anstatt Fragen zu Europa an PolitikerInnen zu richten. **Persönliche Möglichkeiten** sollten **als Konsequenz erfolgreicher Politik vermittelt** werden. Denn die Ergebnisse politischer Arbeit, wie der freie Arbeitsmarkt, wurden geschätzt, die dahinter stehenden Prozesse und Institutionen jedoch kaum. Dabei müssen die **Hindernisse im politischen Prozess ehrlich benannt** werden. Ohne eine klare Kommunikation über die Schwierigkeiten und Chancen transnationaler Politik entsteht leicht der fatale Eindruck „gemeinsam nichts hinzubekommen“. Eine weiterführende Studie sollte außerdem untersuchen, ob die unter den Teilnehmenden auftretenden **Ressentiments gegenüber Ost- und Ostmitteleuropa** repräsentativ sind. Falls dies der Fall ist, sollten Politik, Zivilgesellschaft und Bildungseinrichtungen diesen entgegenwirken. Nicht zuletzt muss **Kritik als europäische Haltung begriffen und gefördert** werden. Werden Kritik und Änderungsvorschläge als Angriffe gewertet, kann Teilhabe als essentieller Bestandteil der europäischen Demokratie niemals Wirklichkeit werden. Kritik belebt die europäische Demokratie.



Teilnehmende im Gespräch in Walsrode in Niedersachsen

Das Projekt „Europa Hört – eine Dialogreise“ erhebt keinerlei Anspruch auf Repräsentativität. Weder die Auswahl der Teilnehmenden noch ihre Aussagen spiegeln die Stimmung in den besuchten Regionen oder gar in Deutschland vollständig wider.

## DIE METHODIK DES DIALOGFORMATS

### ZUHÖREN IM STRUKTURSCHWACHEN RAUM

Das Projekt „Europa Hört – eine Dialogreise“ wurde durch die Studie „Rückkehr zu den politisch Verlassenen“ inspiriert<sup>1</sup>, deren Methode des Zuhörens in strukturschwachen Räumen sich als erfolgreich erwies. Für diese wurden 500 ausführliche Haustürgespräche mit offenen Fragestellungen geführt. Eines ihrer Ergebnisse war, dass Europa von den befragten BürgerInnen „*eher als Teil der Lösung denn als Teil des Problems*“ gesehen wurde.<sup>2</sup> Unbeantwortet blieb allerdings, was genau sich die Menschen von der Europäischen Union in konkreten Politikfeldern wünschen. Um diese Lücke zu schließen, schaffte das Projekt „Europa Hört – eine Dialogreise“ einen Diskussionsraum für BewohnerInnen strukturschwacher Orte, um ihnen im Dialog über Europa zuzuhören und daraus neue Erkenntnisse zu gewinnen.

Die ausgewählten Orte in jeweils unterschiedlichen Bundesländern erfüllten vier bis fünf der folgenden Kriterien:

- Teil einer europäischen Grenzregion
- EU-Fördermittelempfänger
- Besitz einer EU-Partnerstadt
- Verzeichnung eines Abwanderungstrends
- Strukturschwäche

Das Projekt „Europa Hört – eine Dialogreise“ erhebt keinerlei Anspruch auf Repräsentativität. Weder die Auswahl der Teilnehmenden noch ihre Aussagen spiegeln die Stimmung in den besuchten Regionen oder gar in Deutschland vollständig wider. Die gesammelten Stimmen und Geschichten verstehen wir als die Bestandsaufnahme der Gefühle und Sorgen, der Wünsche und der Kritik von Individuen. 190 Menschen sind unter dieser Annahme mit uns in den Dialog getreten. Das Ergebnis zeigt uns: Der Bedarf, über Europa zu sprechen, ist groß.

### KONTAKT ÜBER LOKALE VEREINE

Das Projektteam wollte vermeiden, als „*Berliner Raumschiff*“ wahrgenommen zu werden und dadurch mögliche TeilnehmerInnen abzuschrecken. Aus diesem Grund wurden viele Ressourcen dafür eingesetzt, lokale PartnerInnen zu gewinnen. Diese sollten dann ihre eigenen Mitglieder sowie weitere EinwohnerInnen zum Mitmachen motivieren. Im Gegenzug wurde den Organisationen ein spannendes Format mit geringem Organisationsaufwand geboten.

1. Johannes Hillje, Das Progressive Zentrum 2018. Herunterladbar auf Deutsch, Englisch und Französisch via [www.progressives-zentrum.org/die-verlassenen](http://www.progressives-zentrum.org/die-verlassenen)

2. Die Menschen beantworteten dabei allgemeine Fragen zu ihrer individuellen Lage sowie zur Sicht auf ihr Lebensumfeld und das Land (z.B. „Was läuft gut/schlecht in Ihrem Wohnort?“, „Was würden Sie ändern, wenn Sie selbst in die Politik gehen würden?“).

Um dieses Ziel zu erreichen, recherchierte das Projektteam für **jeden Ort aktive Vereine**, Interessengruppen, Bibliotheken, Cafés sowie Wohn- und Freizeitprojekte. Zum Teil unterstützten die jeweilig zuständigen Ämter und BürgermeisterInnenbüros bei der Suche nach zivilgesellschaftlichen Strukturen und AnsprechpartnerInnen. Auf diese Weise konnte in jedem Ort eine lokale PartnerIn für die Durchführung von „Europa Hört – eine Dialogreise“ gefunden werden, darunter ein Kleingartenverein, eine Bibliothek, ein Landfrauenverein, ein Mehrgenerationenhaus, ein Jugendclub oder auch eine örtliche Gaststätte.

Für den ersten Teil lud „Europa Hört“ zu einer 90-minütigen, moderierten und geschlossenen Gesprächsrunde zu ausgewählten Themen ein. Der zweite Teil bestand aus einem mehrstündigen offenen Angebot mit spielerischen Stationen.

### DIE GESCHLOSSENE RUNDE



Mit etwa sieben bis zwölf vorab bestätigten Teilnehmenden wurde 90 Minuten zu drei Schwerpunktthemen diskutiert:

1. Soziales
2. Arbeit und Arbeitsmobilität
3. Identität und Migration

Ziel der geschlossenen Runde war es, in einer intensiven Diskussion und vertraulichen Atmosphäre die Meinungen der BürgerInnen rund um die gegebenen Schwerpunktthemen aufzunehmen.

Jede geschlossene Runde begann mit der Frage: „*Woran denken Sie als erstes, wenn Sie ‘Europa’ hören?*“. Im Laufe der eineinhalbstündigen Gesprächsrunde folgten dann drei Gruppen-



Teilnehmende bei der „Ein-Punkt-Abfrage“ in Lutherstadt Eisleben in Sachsen

aufgaben, die zum einen die Interaktion der Teilnehmenden anregen und zum anderen die Diskussion auflockern sollten. Darüber hinaus gab die Moderation verschiedene Impulse. Sie leitete beispielsweise an passender Stelle ein neues Thema ein, indem sie eine Frage platzierte (z.B. „Erleben Sie in Ihrem persönlichen Umfeld innereuropäische Migration?“) oder Informationen bereitstellte (z.B. zu der neuen Entsenderichtlinie der EU) und die Teilnehmenden fragte, inwiefern sie mit der Thematik vertraut seien und was sie dazu dachten. Das Konzept dieser ersten Gesprächssituation zielte weniger darauf ab, einzelne Argumente für oder gegen eine politische Maßnahme zu sammeln, als grundlegend die Stimmung und Perspektive der Teilnehmenden bezüglich Europa wahrzunehmen.

## DIE OFFENE RUNDE

An der anschließenden offenen Runde konnten alle BürgerInnen ohne Voranmeldung teilnehmen. Für gut zwei Stunden standen fünf interaktive Stationen zur Verfügung. Bei Interesse begrüßte das Team den/die BürgerIn und übergab neben einem Informationszettel über das Projekt ebenso einen kurzen Fragebogen. Dieser erfasste anonym persönliche Angaben, wie das Alter, das Geschlecht und eine Selbsteinschätzung darüber, ob die Person sich für politisch interessiert und informiert hält.

Die erste Station war ein Poster mit dem unvollendeten Satz: „In erster Linie fühle ich mich als...“, es folgte ein in vier Abschnitte geteiltes Quadrat mit den Optionen: „Deutsche/r“, „Europäer/in“, „Weltbürger/in“ sowie der jeweilige Ort, an dem der Dialog stattfand, z.B. „Prenzlauer/in“. Mit einem Klebepunkt konnten die BürgerInnen ihre Antwort hinterlassen. Die zweite Station umfasste neun „Ein-Punkt-Abfragen“: Jedes der neun Plakate titelte mit einer These (z.B. „Ich profitiere von der EU“ oder „Durch den europäischen Arbeitsmarkt steigt der Konkurrenzdruck“). Darunter befand sich jeweils ein Strahl, welcher die zwei Pole, starke Ablehnung beziehungsweise starke Zustimmung, verband. Mit der Abgabe eines Klebepunktes positionierten sich die Teilnehmenden entlang des Strahls.

Die dritte Station bediente sich der Methode der „stillen Diskussion“. Auf einem Tisch lag ein großes Papier mit zwei Satzanfängen (z.B. „An Europa stört mich...“) und Stiften. Non-verbal diskutierten die Teilnehmenden somit über die Zeit von zwei Stunden hinweg ihre Satzvollendungen und Reaktionen. Es ist bei der Methode üblich, dass die Teilnehmenden sich aufeinander beziehen und die geschriebenen Aussagen der anderen kommentieren, zum Beispiel zustimmend, ablehnend oder nachfragend. Diese Form der Diskussion bot auch weniger redengewandten oder stilleren Teilnehmenden die Möglichkeit, sich auszutauschen und zu diskutieren. Die vierte Station war ein **EU-Quiz**, bei welchem die Teilnehmenden ihr Wissen rund um die Europäische Union testen konnten. Einige Fragen waren offen gestellt (z.B. „Welche/n Abgeordnete/n des Europäischen Parlaments kennen Sie?“) andere gaben Antwortmöglichkeiten vor (z.B. bei der Frage „Wann ist die nächste Europawahl?“). Die fünfte und letzte Station bot die Möglichkeit, vollkommen anonym **Wünsche an Europa** aufzuschreiben. Es lagen Stifte und Zettel bereit sowie eine geschlossene Box als Briefkasten. Die Frage lautete: „Wenn mein Wunsch an Europa morgen in Erfüllung ginge, dann wünschte ich mir...?“. Neben den Stationen waren Speisen und Getränke bereitgestellt, so dass eine gesellige Atmosphäre entstand, wenn Teilnehmende, angeregt durch die Stationen, weiterhin bleiben und über ihre Gedanken sprechen wollten.

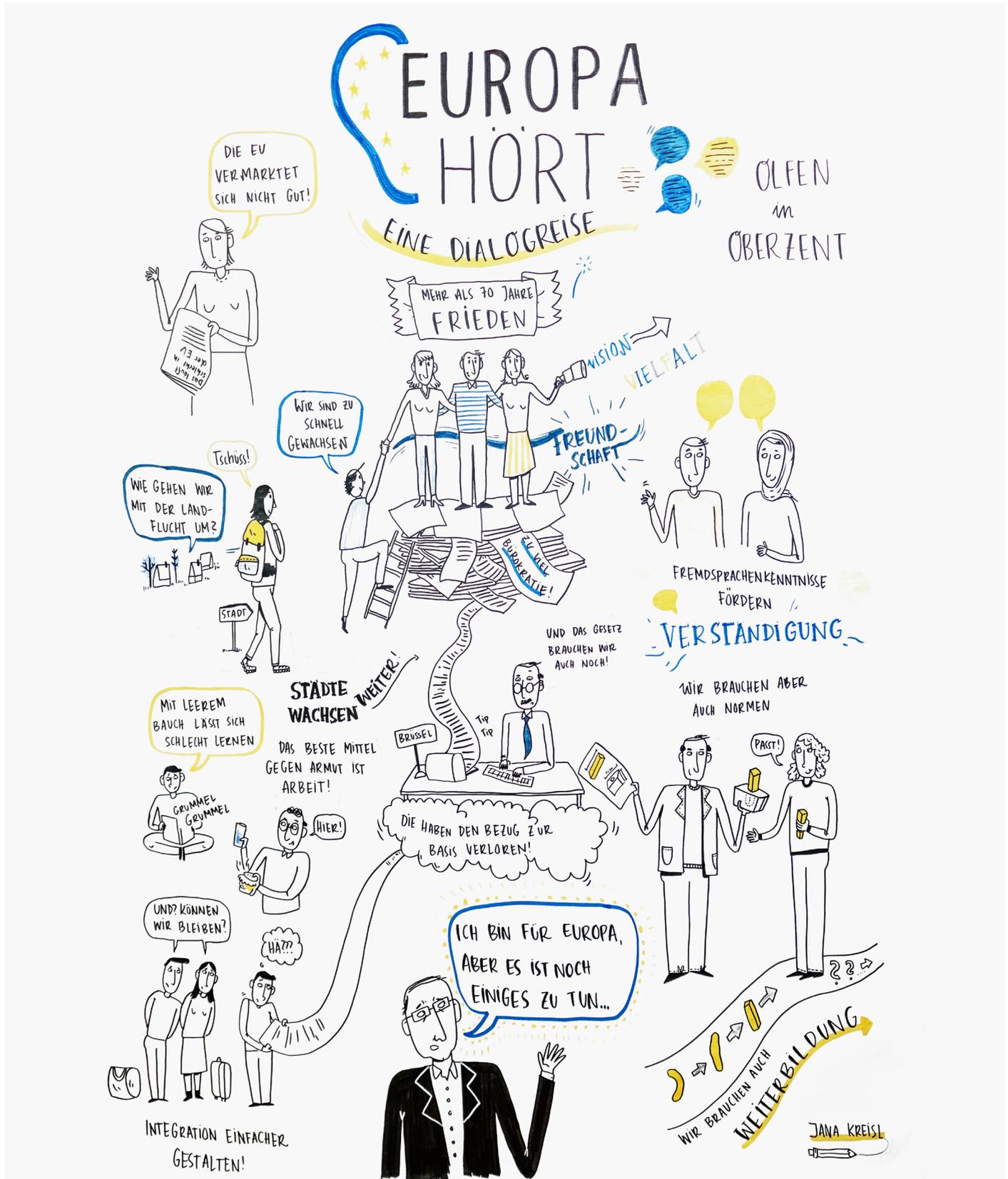
## PROTOKOLLIERUNG



Das „Graphic Recording“ der geschlossenen Runde in Olfen, Hessen, von der Illustratorin Jana Kreis!

Ein zentrales Anliegen des Projektes bestand darin, das Gesprochene auf mehrfache Weisen zu dokumentieren. Somit entstand während der geschlossenen Runde ein **schriftliches Protokoll** aller Aussagen sowie pro Ort ein **Graphic Recording**. Graphic Recording ist eine relativ junge Methode der Echtzeit-Visualisierung. Zeitgleich mit der Diskussion zeichnet die Künstlerin oder der Künstler anhand des Gesprochenen ein visuelles Protokoll im Comic-Stil. Auf diese Weise wurden die Kernaussagen, Überlegungen und die Stimmung festgehalten, die im Nachhinein niedrigschwellig verständlich sind. Zudem

bat ein Dokumentarfilmer einzelne Gesprächsteilnehmende nach den Diskussionsrunden um ein **Interview**. Durch den entstandenen Begleitfilm können im Nachgang des Projektes sowohl die Methode, als auch die gesammelten Aussagen weitergetragen werden.<sup>3</sup>



3. Der Film ist abrufbar auf der Projektseite [www.europa-hoert.de](http://www.europa-hoert.de)

## DOKUMENTATION

Etwa 190 Personen haben an der Dialogreise als Teilnehmende mitgewirkt. Die Ergebnisse bilden eine qualitative Auswertung für diese Personengruppe, sie sind jedoch nicht repräsentativ für die Bevölkerung.

### GESCHLOSSENE RUNDE

An den geschlossenen Runden haben 73 Personen teilgenommen. Darunter fielen 45 % Männer und 55 % Frauen.<sup>4</sup> Der 90-minütige Dialog verlief jeweils entlang der drei Schwerpunktthemen: 1. Soziales, 2. Arbeit und Arbeitsmobilität, 3. Identität und Migration.

### Europa-Assoziationen

Zu Beginn jeder Runde wurden die Teilnehmenden gebeten, aufzuschreiben, woran sie als Erstes denken, wenn sie „Europa“ hören. Daraufhin stellten sie ihre Antworten vor und kommentierten gegebenenfalls die Aussagen anderer. Die Spannweite der Aussagen reichte von „Ich bin absoluter Europa-Fan“ bis hin zu „Europa ist eine Zwangsgemeinschaft“.

„Mit Europa verbinde ich eine Vielfalt an kulturellem Erbe und Möglichkeiten des unkomplizierten Austauschs. Mit dem Konstrukt EU verbinde ich zentral den Frieden.“

„Ich denke daran, dass wir auf einem schönen Fleckchen Erde in Ruhe und Frieden leben.“

„Für mich ist die Reisefreiheit wichtig. Zu DDR-Zeiten konnte man nur unter schwierigen Bedingungen reisen, wir haben das also selbst erlebt, deshalb fällt mir das direkt ein.“

Die überwältigende Mehrheit sprach von politischen Errungenschaften, einem angenehmen Gefühl, Werten oder positiven Erfahrungen. Selten hingegen wurde der Kontinent als geografische Kategorie genannt. Frieden, Reisefreiheit, Vielfalt und Offenheit sowie freundschaftlicher Kontakt kamen in den meisten Antworten vor. Häufig wurde ebenso auf das Gefühl hingewiesen, in Europa „privilegiert“ leben zu können (siehe „Frieden und Reisefreiheit“, S. 17).

„Der Vater meines Mannes war Italiener, also bin ich da schon europamäßig unterwegs. Europa ist bei den meisten doch familiär gegeben.“

In vielen Fällen verbanden die Teilnehmenden ihre Antwort mit persönlichen Geschichten, welche sie als Begründung heranzogen. Diese bezogen sich in den meisten Fällen auf eine europäische Familiengeschichte (siehe „Europa überzeugt im Kleinen“, S. 19).

„Europa ist nichts anderes als ein neoliberales Wirtschafts- und Elitenprojekt.“

„Die Bürokraten haben die Bindung zur Basis verloren.“

„Die ökonomischen Interessen in Europa lassen Offenheit und Gemeinsames hängen.“

Eine ebenso häufig auftauchende Assoziation war die Last der Bürokratie. Damit verbunden wurden nicht bloß „umständliche“ oder als „nichtsnutzig“ kommentierte Prozesse, sondern auch Intransparenz. Ebenfalls stark wurde der Einfluss der Wirtschaft auf Entscheidungen sowie fehlende BürgerInnennähe assoziiert (siehe „Bürokratie als Gegnerin der europäischen Idee“, S. 17).

Während **ältere Teilnehmende** meist übergreifende Kategorien wie „Frieden“ oder „Bürokratie“ nannten, assoziierten **jüngere Teilnehmende** konkrete Maßnahmen oder Erlebnisse, etwa die Abschaffung der Roaming-Gebühren, das Erasmus-Programm, Interrail-Fahrten oder Urlaubsaufenthalte. Ebenfalls sprachen die Jüngeren häufiger das Brexit-Referendum an, dessen Ausgang Teilnehmende jeden Alters gleichermaßen bedauerten.

### Identität

Die Antwort auf die Frage, ob sich die Teilnehmenden „europäisch“ fühlen, fiel sehr unterschiedlich aus. In allen zehn Orten gab es mindestens eine zustimmende und in fünf der Orte gab es mindestens eine ablehnende Antwort (siehe „Offene Runde - In erster Linie fühle ich mich als“, S. 12). Starke Positionierungen kamen häufig vor. Etwa „Die Europaflagge würd' ich nicht tragen!“ oder „Ich hätte heute kein Problem damit, meinen Ausweis wegzuwerfen und zu sagen: Ich bin Europäer!“. Anschließend wurde die Frage nach den jeweiligen Begründungen für eine zustimmende, ablehnende oder abwägende Antwort diskutiert.

„Diese Idee, dass das ähnlich wie in den USA läuft, das wird es nie werden, weil wir da zu unterschiedlich sind.“

4. Alle Prozentangaben wurden auf die volle Stelle auf- oder abgerundet. Dadurch ergaben sich teilweise Rundungsdifferenzen.

„Ich fühle mich auch europäisch, habe ja selbst im Dreiländereck gewohnt.“

„In Europa fühle ich mich nicht europäisch, aber außerhalb von Europa schon.“

Das Gefühl, sich eher als deutsch oder vor allem mit der eigenen Region verbunden zu fühlen, wurde damit begründet, dass die Unterschiede zu anderen Regionen oder Ländern zu groß seien für ein „gemeinsames Gefühl“. Hingegen wurde die Tendenz, sich europäisch zu fühlen, von den Teilnehmenden entweder mit der familiären Biografie, der Wohnlage oder aber mit konkreten Auslandserfahrungen begründet.

### 1. Gruppenaufgabe: „Welcher Faktor gibt am meisten den Ausschlag dafür, sich europäisch zu fühlen?“

„Die Währung hat nichts mit dem Gefühl zu tun, die Norweger gehören doch genauso dazu.“

„Auf jeden Fall gemeinsame Werte. Also tatsächlich von den moralischen Idealen her.“

Vorgegeben waren sechs Faktoren. In den meisten Orten bildeten sich Kleingruppen, welche diskutierten und sich auf eine priorisierende Reihenfolge einigten. Die Auswertung aller 16 Kleingruppen ergab folgendes Ergebnis:



## 1. Gemeinsame europäische Werte

2. Auslandserfahrungen
3. Wohnlage
4. Fremdsprachenerkenntnis
5. Gemeinsame Währung
6. Wissen über europäische Institutionen

## Soziales

Das Schwerpunktthema Soziales begann mit der Frage, ob **Sozialpolitik** in Zukunft mehr von der europäischen Ebene oder weiterhin vorrangig von den Mitgliedstaaten aus geregelt werden sollte. Beispielhaft wurde die Einführung eines europäischen Mindestlohns genannt. In allen Orten wurde jedoch vorrangig darüber diskutiert, inwiefern eine gemeinsame Sozialpolitik auf europäischer Ebene überhaupt möglich sei. Problematisiert wurden die unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialstandards in den europäischen Ländern, besonders mit Blick auf die osteuropäischen Mitgliedstaaten.

„Da wir wirtschaftlich nicht alle die gleichen Voraussetzungen haben, ist die Umsetzung von solchen europäischen Sozialsachen utopisch.“

„Die praktische Umsetzung wird durch die Bürokratie erschwert und ein gemeinsames Sozialsystem halte ich für unmöglich.“

Diejenigen, die eine integrierte Sozialpolitik in Europa ablehnten, taten dies (mit Ausnahme einer Person) nicht aufgrund der Überzeugung, dass Soziales nur nationalstaatlich geregelt werden sollte, sondern weil sie nicht an die Machbarkeit einer Umsetzung glaubten.

„Entspräche es nicht der europäischen Idee, die besten Standards in die Länder zu tragen, die diese brauchen?“

„Die europäische Idee und gute Sozialsysteme sollten transferiert werden. Man kann nicht mit der großen Gießkanne drüber gehen, aber langfristig sollte eine Angleichung das Ziel sein.“

„Im Laufe der Jahre wird es durch die Finanzstärke der EU überall besser werden und dann passen sich die Sozialstandards immer mehr an.“

Andere Stimmen waren überzeugt, dass es möglich sei, Sozialstandards anzugleichen und europäisch zu regeln, wiesen allerdings darauf hin, dass die Anpassung etwas Zeit bräuchte. Einige Teilnehmende plädierten stark für eine „**europäischere Sozialpolitik**“. So folgerte eine Person, dass zunehmende Ungleichheit unter den sozialen Standards der Mitgliedstaaten zu einem „*Neidproblem*“ führen würde. Europäische BürgerInnen würden in Europa reisen, leben und arbeiten, bekämen jedoch nicht dieselbe Sicherheit geboten, zum Beispiel in Bezug auf die Rente. Die ZuhörerInnen stimmten dem zu.

„Wären die Löhne gleich, würde nie eine Rumänin als Pflegerin hierher kommen. Das wäre gut, dann sind sie nicht gezwungen zu kommen, wie jetzt. Wir höhnen diese Länder aus. Die brauchen ja selber gute Leute. Dazu sollte die EU Vorschriften machen.“

In allen Orten kreiste das Thema schnell um die **EU-Binnenmigration aus osteuropäischen Mitgliedstaaten** nach Deutschland. Begründet wurde diese Migration von allen Teilnehmenden mit den höheren Sozialstandards in Deutschland. Die meisten Teilnehmenden zeigten Verständnis für diesen Migrationsgrund, befanden jedoch zugleich, dass dieser Trend

nicht so weitergehen könne. Einerseits seien die „Sozialleistungen innerhalb Deutschlands nicht unerschöpflich“, andererseits würden die osteuropäischen Länder auch „gute Leute“ verlieren, die sie „selber brauchen“. Nicht selten wurde auf politische Vorschläge des französischen Präsidenten Emmanuel Macron verwiesen, als ein positives Beispiel Europa „weiter zu denken“. Vereinzelt reagierten darauf Gesprächsteilnehmende misstrauisch und gaben an, dass hinter diesen vermeintlich europäischen Ideen eigentlich französische Interessen stünden.

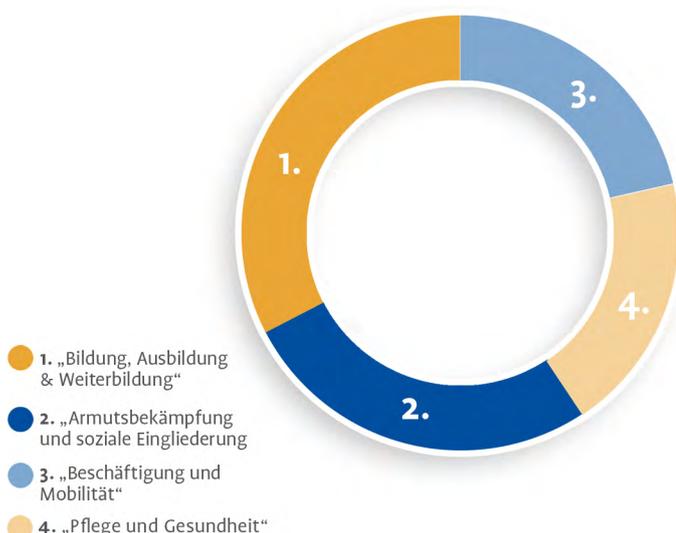
„Man kann nicht von heut' auf morgen den Mindestlohn durchsetzen! Aber es wäre wünschenswert in ganz Europa. Einfach zu sagen, dass das Ländersache sei – das geht gar nicht.“

„Dann ist aber die Frage, wer stockt den Mindestlohn in Albanien auf? Sind das die Schweden, die dann einen geringeren bekommen?“

Die Einführung eines **europaweiten Mindestlohns** wurde von einigen Teilnehmenden als langfristig wünschenswert und dem Selbstverständnis der EU entsprechend wahrgenommen. BefürworterInnen hielten einen Mindestlohn für ein mögliches Mittel, die Sozialstandards anzupassen und das Wohlstandsgefälle der einzelnen Länder auszugleichen. Die Umsetzung erachteten jedoch alle als schwierig, da die Ausgangslagen in einem wirtschaftlich heterogenen Europa mit unterschiedlichen Gehalts- und Sozialstandards sehr verschieden seien. Einige hielten die Finanzierung für unmöglich und sahen die Gefahr, dass die EU daran auseinanderbrechen könne.

## 2. Gruppenaufgabe: „In welchen Fördertopf sollten mehr Investitionen fließen?“

Die Kleingruppen hatten die Aufgabe, finanzielle Ressourcen der EU (in Form von Holzkugeln) auf vier symbolische Fördertöpfe der Sozialpolitik aufzuteilen.



In der Summe ließen die Teilnehmenden dem Förderbereich **„Bildung, Ausbildung und Weiterbildung“** die meisten Fördermittel zukommen. Diese Wertung spiegelte sich auch in der Diskussion wider. Als Aufgaben der EU besonders hervorgehoben wurden Hochschulbildung und die Anerkennung europaweiter Zertifikate und Abschlüsse. An zweiter Stelle folgte der Bereich **„Armutsbekämpfung und soziale Eingliederung“**. Der geringste Förderbedarf durch die EU wurde im Bereich **„Pflege und Gesundheit“** gesehen, nur wenig mehr dem Bereich **„Beschäftigung und Mobilität“** zugestanden.

Ein bemerkenswerter Unterschied offenbarte sich im ländlichen gegenüber dem städtischen Raum. Im hessischen Olfen (ca. 330 EinwohnerInnen), gelegen im ländlichsten der besuchten Räume, spielten **„Beschäftigung und Mobilität“** die größte Rolle, während **„Bildung, Ausbildung und Weiterbildung“** niedrig rangierten. Demgegenüber drehte sich das Verhältnis im bayerischen Hof (ca. 47.000 EinwohnerInnen) um. Die häufigste Begründung für die hohe Priorisierung von Bildung lautete, dass dieser Bereich den Grundstein für alle weiteren Förderbereiche lege. Die Aussage **„Mit guter Bildung ist die Basis für andere Bereiche schon geschaffen“**, steht beispielhaft für die Haltung der meisten Teilnehmenden.

## Arbeit und Arbeitsmobilität

Das Schwerpunktthema wurde mit der grundlegenden Frage eröffnet, ob ein Ausbau des europäischen Arbeitsmarktes wünschenswert sei.

„Ein gemeinsamer Arbeitsmarkt ist für mich auch mit dem Gefühl der Freiheit verknüpft.“

„Ich glaube, manche Länder werden im gemeinsamen Arbeitsmarkt durch die Abwanderung von Fachkräften benachteiligt.“

„Wir haben einen gemeinsamen Arbeitsmarkt, aber die Voraussetzungen sind nicht einheitlich geregelt.“

Anmerkungen zum gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt waren von der Ansicht bestimmt, dass die Möglichkeit, unbegrenzt im **europäischen Ausland arbeiten** zu können, (meist theoretisch) attraktiv sei und sich mit einem Gefühl der Freiheit verbinde. Die Herausforderungen dafür seien jedoch nicht zu unterschätzen: Ungleiche Bildungschancen, Qualitätsstandards und die Verteilung von Arbeit beurteilten die Teilnehmenden als die größten Hürden. In vielerlei Hinsicht schätzten die Teilnehmenden den jetzige Zustand des Arbeitsmarktes in Europa als nicht gerecht ein. So beschrieben sie Fälle, in denen unwürdige Arbeitsbedingungen innerhalb Europas herrschten

und forderten, die EU müsse einheitliche Standards setzen. Gut ausgebildete Menschen, so argumentierten viele Teilnehmende, hätten bisher keine Probleme auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen. Weniger gut ausgebildete Menschen hingegen litten unter Konkurrenzdruck und Lohndumping.

„Ideal wäre es, wenn ein Deutscher genauso gern in Polen arbeiten würde, wie andersherum.“

„Eine Mitauszubildende von mir ist gerade in Helsinki. Man geht halt dorthin, wo die Umstände gut sind. Sie sollten aber nirgendwo schlecht sein.“

Der Umstand, dass Fachkräfte dahin abwandern, **wo bessere Arbeitsbedingungen** existieren, wurde als unfair erachtet. Deutschland würden dadurch Fachkräfte verloren gehen. Andere wiederum bezeichneten Deutschland als ein attraktives Zuzugsland, das von der Migration profitieren würde. Inneuropäische Arbeitsmigration wurde tendenziell als ein von Ost- nach Westeuropa verlaufender Prozess verortet. Das dieser Entwicklung zugrunde liegende Wirtschaftsgefälle Sorge für problematische Qualitätsunterschiede, Lohndrückerei und die Ausbeutung von ausländischen Arbeitskräften in Deutschland, Spanien und anderswo. Viele Teilnehmende sprachen sich daher für eine größere Vereinheitlichung der Bildungsvoraussetzungen und einen zunehmend regulierenden Rahmen des europäischen Arbeitsmarktes aus, der energisch durchgesetzt werden müsse. Der selten geäußerten Einschätzung, dass ein freier Markt die Verhältnisse regulieren könnte, wurde vielfach widersprochen. Vereinzelt wiesen Teilnehmende darauf hin, dass es bereits Mindeststandards innerhalb der EU gebe, wie zum Beispiel die maximale Arbeitszeit pro Woche. Der Hinweis kam jedoch stets in Verbindung mit dem Vorwurf, die EU würde die Umsetzung dieser Standards nicht prüfen und Verstößen nicht genügend nachgehen.

„Es gibt Richtlinien, aber die werden nicht umgesetzt. Wir haben einen Standard, aber ich vermisse bei den Politikern, dass die sich energisch um die Umsetzung kümmern.“

Besonders in Olfen<sup>5</sup> wurde die **Problematik der Abwanderung** und der Zentralisierung des Arbeitsmarktes diskutiert. Für den ländlichen Raum bedeute ein europäischer Arbeitsmarkt nicht nur einen Zuwachs an potenziellen ArbeitnehmerInnen und -möglichkeiten, sondern zugleich auch einen Zuwachs an konkurrierenden Orten, in welche die (jüngere) Bevölkerung abwandere. Dieser Abwanderungstrend führe zunehmend zu „**abgehängten Regionen**“.

5. Olfen (Oberzent), Hessen (ca. 330 EinwohnerInnen).

6. Weder umweltbezogene noch politische Push- oder Pull-Faktoren der innereuropäischen Migration wurden von den Teilnehmenden angesprochen. Ausschließlich sozioökonomische Gründe spielten in der Wahrnehmung eine Rolle.

### 3. Gruppenaufgabe: Chancen und Herausforderungen eines gemeinsamen europäischen Arbeitsmarktes?

Die Teilnehmenden wurden gebeten in Kleingruppen zu debattieren, welche Chancen und Herausforderungen sie für sich und ihr persönliches Umfeld in einem **integrierten europäischen Arbeitsmarkt** sehen. Die meist genannten Chancen waren: Kultureller Austausch und engere Zusammenarbeit unter den europäischen BürgerInnen sowie bessere Arbeitschancen und erhöhte Lebensqualität. Darüber hinaus wurden Chancen für die EU allgemein genannt, etwa die Sicherstellung von Frieden, europäische Qualifikationen, wie bereits der Führerschein, und die Verringerung des Wohlstandsgefälles. Teilnehmende im ländlichen Raum nannten außerdem die Chance auf Bevölkerungszuwachs, bessere Verkehrsverbindungen sowie mehr Regionalfonds. Die am häufigsten genannten Herausforderungen insgesamt waren zum Teil gegensätzlich: Schwund von Arbeitsplätzen, Konkurrenzdruck und Lohndumping sowie in ebenso häufiger Nennung kulturelle und sprachliche Barrieren. In sechs von zehn Orten wurde die Herausforderung unterschiedlicher Bildungsstandards sowie zum Teil fehlender Anerkennung von Zertifikaten notiert, während im ländlichen Raum die Digitalisierung und die partiell marode Infrastruktur genannt wurden.

### Migration

Abschließend wurde in den Dialoggruppen die Frage besprochen, wie ihr Wohnort inner- oder außereuropäische Migration und das Zusammenleben mit geflüchteten Menschen erlebt. Inneuropäische Migration ist unter anderem durch die vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes (freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital) geschützt. Diese Freiheiten waren den Teilnehmenden weitgehend bekannt und wurden begrüßt. „*Arbeitsmigration*“ wurde von den Teilnehmenden ausschließlich ökonomisch begründet und hauptsächlich als eine Bewegung von Ost nach West wahrgenommen.<sup>6</sup>

Es wurde einerseits von positiven Erfahrungen mit zugezogenen EU-BürgerInnen berichtet, die sowohl in den bestehenden Arbeitsmarkt, als auch die Nachbarschaft integriert seien oder von Erasmus-Studierenden, deren Aufenthalt auf Zeit als Bereicherung galt. Andererseits berichteten einige Teilnehmende, dass sie sich an dem scheinbar auffälligen Verhalten oder scheinbar anderen Lebensentwürfen osteuropäischer MitbürgerInnen störten.

„Unterschiedliche Kulturen zu sehen, ist schön. Ich merke das zum Beispiel an denen, die durch Erasmus gekommen und dann geblieben sind.“

„Mein Wohnumfeld hat sich massiv verändert. Bulgaren sind zugewandert und es hat sich zum Schlechten gewandelt. Gewisse Verhaltensregeln interessieren die überhaupt nicht. Man sieht diese patriarchalische Gesellschaftsform. Das finde ich unangenehm.“

Ebenso wurde von der Erfahrung berichtet, **geflüchtete Menschen** im persönlichen Umfeld zu erleben. Die Forderungen der Teilnehmenden im Hinblick auf ein besseres Zusammenleben richteten sich in erster Linie an Verwaltung und Politik. So wurde mehrfach die Wichtigkeit von Sprachvermittlung, die frühzeitige Einbindung in den Arbeitsmarkt sowie Wohnraumnot betont.

„Die werden nicht gefördert, die bemühen sich und werden in der Unsicherheit gelassen. Eigentlich gibt es Arbeitskräftemangel, aber der Einstieg wird erschwert.“

Obgleich insgesamt viel Kritik geübt wurde, gab es auch zahlreiche Positivbeispiele bezüglich der Integration. Zum Teil wurde sogar staatliche Förderung gelobt.

„In der Kindertageseinrichtung werden dank staatlicher Förderung 15 Nationalitäten zweisprachig erzogen. Da kommen die Kinder schnell und gut miteinander klar. Das ist eine positive Erfahrung.“

Empörung entstand gegenüber einer „*fehlenden Solidarität*“ und „*zu wenig Zusammenarbeit*“ sowohl unter den Mitgliedsstaaten Europas als auch gegenüber Drittstaaten.

„Es braucht einen klaren Verteilschlüssel, aber wir hier in Deutschland sind von sicheren Drittländern mehr als abhängig.“

„Die Versäumnisse der EU sind komplexer als die Zuwanderung.“

„Die Solidarität vermisse ich! In Ungarn regen die sich über 5000 Flüchtlinge auf! Wenn wir das alles verteilen würden, das ist lächerlich, aber wenn natürlich 80 Prozent sagen „Wir nehmen gar keine“, dann wird es schwierig. Wo ist da die Solidarität?“

So monierten Teilnehmende, dass gerade wohlhabende Staaten in Europa zum Teil Fluchtursachen mit schaffen oder verstärken würden, sich dann jedoch nicht um die Geflüchteten kümmern. Der Zugewinn an Arbeitskraft wurde freudig anerkannt, jedoch ebenso bezweifelt, dass der Ausbildungsstand der Immigranten den tatsächlichen Anforderungen entspreche.

„Der jetzigen Migrationswelle sind Jahre der Ignoranz der Politik vorausgegangen.“

„Ich finde es dreist von Deutschland, dass sie Polen, Ungarn und Tschechien vorwerfen, sich dem Ganzen zu verwehren, obwohl die Fehler dieser Politik in Deutschland abzulesen sind.“

**Im ländlichen Raum** wurde betont, dass die Unterbringung von Geflüchteten bei ihnen „*nicht zumutbar*“ sei. Das folgende Zitat schildert diese Auffassung beispielhaft: „*Es ist nicht zumutbar für Flüchtlinge hier. Wer nicht mobil ist, ist aufgeschmissen. Wir sind in der Lage, die Leute zu integrieren, wir haben Platz für sie, aber ohne Netz und PKW ist dieser Ort für sie nicht zumutbar. Gerade für Familien.*“ Andererseits waren auch ablehnende Haltungen zu vernehmen. Viele Teilnehmende wägen ihre grundsätzliche Auffassung von Gerechtigkeit gegenüber ihren persönlichen Vorurteilen und Wahrnehmungen ab: „*Ich bin beim Thema Migration sehr zwiespalten. Jeder verdient eine Chance und Zugang zu Bildung. Aber wenn ich hier nachts am Bahnhof stehe, fühle ich mich nicht wohl.*“

Insgesamt scheint es zwei etwa gleichstarke Trends unter den Teilnehmenden gegeben zu haben. Es gab jene, die Migration sowie die Aufnahme von Geflüchteten als etwas Selbstverständliches begreifen und die damit einhergehenden Herausforderungen und Chancen abwägen. Ihr Unmut richtete sich allenfalls gegen administrative oder politische Strukturen. Andere waren misstrauisch bis ablehnend gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen eingestellt und begründeten dies mit persönlichen Wahrnehmungen. Ihr Unmut richtete sich in der Regel nicht gegen Strukturen, sondern gegen die Menschen der zugeschriebenen Bevölkerungsgruppe.

OFFENE RUNDE

DIE TEILNEHMENDEN



ICH FÜHLE MICH...



Die Mehrheit findet:

- ... dass es einen europäischen Mindestlohn geben soll.
- ... dass durch einen europäischen Arbeitsmarkt der Konkurrenzdruck steigt.
- ... dass sie von der EU profitieren.
- ... dass es unklar ist, ob die EU in 100 Jahren noch besteht.
- ... dass die EU durch nationalistisches Gedankengut bedroht ist.

Die meisten Ängste und Sorgen zu Europa sind:

- Zunehmende Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus
- Wirtschaftlicher Lobbyismus und fehlende Transparenz
- Fehlende BürgerInnennähe und belastende Bürokratie

Die häufigsten Wünsche an Europa:

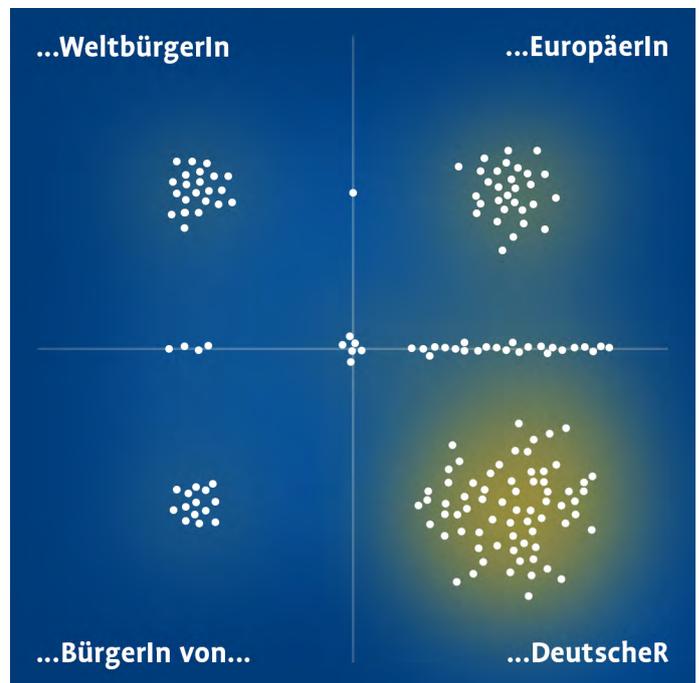
- Mehr europäische Zusammenarbeit und Solidarität
- Sichere Außenpolitik und europäischer Umweltschutz
- Freier Zugang zu Arbeit und Chancengerechtigkeit
- Weniger Bürokratie

Insgesamt haben etwa 190 Menschen an der **offenen Runde** teilgenommen. Mehr als 80 % von ihnen haben einen Fragebogen ausgefüllt, um Angaben über Alter, Geschlecht und eine Selbsteinschätzung zu geben, ob sie sich selbst als politisches interessiert und/oder informiert betrachten.<sup>7</sup>

Aus den personenbezogenen Daten der insgesamt 160 ausgefüllten Fragebögen ging hervor, dass das Geschlechterverhältnis nahezu ausgewogen war. Der jüngste Teilnehmer war 11 Jahre alt, die älteste 94 Jahre alt. Das Durchschnittsalter belief sich auf 51 Jahre. Eine deutliche Mehrheit schätzte sich selbst als „politisch interessiert“ ein, nämlich 83 %. Etwas weniger verstanden sich auch als „politisch informiert“, nämlich 63 %.

In erster Linie fühle ich mich als...

Die deutliche Mehrheit der Teilnehmenden empfand sich in erster Linie als „**Deutscher**“.<sup>8</sup> Viele Teilnehmende akzeptierten jedoch nicht die starre Trennung der Kategorien und klebten ihren Klebepunkt zur Abstimmung auf die Linien zwischen zwei Feldern oder sogar in der Mitte aller Kategorien. Auf Basis dieser multiplen Identitäten lässt sich errechnen, dass mit 51 % etwa die Hälfte einen europäischen Bezug zu ihrer Identität herstellten und 49 % dies nicht taten. 18 % klebten ihren Punkt ausschließlich auf das Feld „EuropäerIn“.<sup>9</sup>



WeltbürgerIn: 13%	DeutscheR: 41%
WeltbürgerIn & EuropäerIn: 1%	DeutscheR & EuropäerIn: 14%
WeltbürgerIn & Lokal: 2%	BürgerIn von...: 8%
EuropäerIn: 18%	Alles: 4%

7. Nach eigener Schätzung haben etwa 15 Personen ohne Fragebogen an der offenen Runde und nachweislich 175 Personen an mindestens einer der Stationen der offenen Runde teilgenommen, sodass von insgesamt 190 Teilnehmenden ausgegangen wird.

8. Die Frage, ob man sich als BürgerIn der Europäischen Union fühle, wurde ländervergleichend in der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2018 abgefragt. Die Ergebnisse für Deutschland insgesamt: 86 % antworteten mit „Ja“, 13 % mit „Nein“ und 1 % mit „Weiß nicht“.

9. Diese und alle folgenden Werte wurden auf ganze Zahlen gerundet, wodurch sich teilweise Rundungsdifferenzen ergeben haben.

## Ein-Punkt-Abfrage

Etwa 175 Personen haben an der Ein-Punkt-Abfrage teilgenommen.<sup>10</sup> Auf insgesamt neun Plakaten befand sich jeweils eine These und darunter ein Strahl mit zwei Enden: starke Ablehnung beziehungsweise starke Zustimmung. Pro Person

konnte entlang des eingezeichneten Strahls ein Klebepunkt angebracht und so die persönliche Meinung zu der jeweiligen These mitgeteilt werden. Für eine eingängige und einfache Auswertung wurden die Klebepunkte im Nachgang in Drittel unterteilt (Zustimmung, Neutral, Ablehnung) und in Prozente umgerechnet.

Legende:

(Vereinfachte Darstellung)



### 1. These: Ich wünsche mir mehr europäische TV-Formate (z.B. Eurovision Song Contest, Europäische Fußballmeisterschaften...).



Deutlich mehr Teilnehmende sprachen sich gegen mehr europäische TV-Formate aus (58 %), eher dafür waren 27 % und 16 % verhielten sich neutral.

### 2. These: Ich profitiere von der Europäischen Union.



Eine sichtbare Mehrheit von 71 % der Teilnehmenden war überzeugt, von der EU zu profitieren. Lediglich 10 % sprachen stark dagegen. Die anderen positionierten sich innerhalb des neutralen Bereichs, meist mehr in Richtung Zustimmung.

### 3. These: Die Kulturen der Staaten der EU sind zu unterschiedlich, um gemeinsame Politik zu machen.



48 % der Teilnehmenden befand, dass die Kulturen der Mitgliedstaaten nicht zu unterschiedlich seien, um gemeinsam Politik zu machen. Nicht wenige, nämlich 31 %, stimmten jedoch eher zu. Etwa 20 % klebten ihren Punkt im mittleren Bereich.

### 4. These: Ich glaube, die EU wird auch in 100 Jahren noch bestehen.



Große Uneinigkeit herrschte bei der These, ob die EU auch in 100 Jahren noch existieren würde. 40 % entschieden sich eher dafür, knapp 30 % dagegen und gut 30 % platzierten sich in der unentschlossenen Mitte.

### 5. These: Es braucht einen EU-weiten Mindestlohn.



75 % der Teilnehmenden waren für einen europäischen Mindestlohn. 12 % waren gegen eine Einführung und etwa 12 % verhielten sich neutral.

### 6. These: Herausforderungen in der EU (Migration) müssen solidarisch gelöst werden.



Eine überwältigende Mehrheit der Teilnehmenden (92 %) befand, dass gemeinsame Herausforderungen (wie z.B. Migration) solidarisch gelöst werden sollten. Knapp 2 % verhielten sich dazu abwägend und 7 % sprachen sich explizit dagegen aus.

10. Es ist möglich, dass sowohl die Formulierung der Thesen, als auch das sichtbare Abstimmungsverhalten anderer Personen die Entscheidungen der Teilnehmenden beeinflusst haben. Häufig dienten die „Ein-Punkt-Abfragen“, als Gedanken- oder Gesprächsanstoß. Einige Teilnehmende klebten ihr Klebepunkte als Antwort sehr souverän und überzeugt, andere standen länger vor den Thesen, überlegten und klebten erst nach einer Weile.

### 7. These: Durch den europäischen Arbeitsmarkt steigt der Konkurrenzdruck.

44 % waren der Überzeugung, dass durch den europäischen Arbeitsmarkt der Konkurrenzdruck steige. 28 % positionierten sich in der Mitte, während 28 % mit einem deutlichen Nein abstimmten.

### 8. These: Die EU ist durch nationalistisches Gedankengut bedroht.

Etwa 82 % gaben an, dass sie die EU durch nationalistisches Gedankengut bedroht sehen. Nur knapp 8 % platzierten ihren Klebepunkt in der Mitte und 10 % sprachen sich gegen diese These aus.

### 9. These: Die EU hat zu wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Eine leichte Mehrheit von 56 % befand, die EU hätte zu wenige Mitbestimmungsmöglichkeiten. 17 % wägen ihre Antwort so ab, dass sie sich nahe der Mitte verorteten und 28 % widersprachen, dass es zu wenige Mitbestimmungsmöglichkeiten gebe.<sup>11</sup>

## Stille Diskussion



Bei der „Stillen Diskussion“ debattierten Teilnehmende schriftlich ihre Meinungen zu Europa

Auf dem Plakat der stillen Diskussion standen zwei Satzanfänge geschrieben, welche von den Teilnehmenden eigenständig ergänzt, folglich kommentiert, hinterfragt und schriftlich diskutiert werden konnten.

#### In Europa habe ich habe Angst vor/um...

Zu dem Satzanfang „In Europa habe ich habe Angst vor/um...“ wurden 54 Ängste niedergeschrieben. In der Auswertung fiel auf, dass **einige Themen in mehreren Orten genannt** wurden. In sieben von zehn Orten waren dies Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus oder Xenophobie. Häufig erschienen diese Sorgen in Zusammenhang mit der Befürchtung eines „Auseinanderbrechens der EU“. In Herne und Hof wurden auch Demokratiedefizite in beispielsweise Ungarn, Polen und Italien aufgeführt. Außerdem

wurde die Angst vor dem „Verlust sozialer Errungenschaften“ niedergeschrieben. Andere Teilnehmende notierten „Islamisierung“, „unkontrollierte Zuwanderung“ und „Menschen, die auf der Flucht sind“ als Themen, die sie mit Ängsten in Europa verbinden. Nur in zwei Orten gab es sowohl die Angst vor Fremdenfeindlichkeit, als auch vor Geflüchteten. Die Angst vor Fremden und Zuwanderung wurden konkret und mehrfach in Bad Muskau, Hof und Prenzlau notiert. Allerdings wurden in Merzig und Herne ähnliche Ängste genannt: „in der Masse unter[zu]gehen“ oder die „eigene Identität des Landes zu verlieren“.

Weitere Themen im Rahmen der stillen Diskussion betrafen internationale Beziehungen, Bürokratie, **fehlendes Vertrauen in die politischen Institutionen** und ihre VertreterInnen, ebenso wie den Einfluss von Wirtschaft auf die Politik. Es wurde die Angst vor „kriminellen Politikern“ genannt und durch Kommentare, die beispielsweise auf die „Selbstgefälligkeit“ und „Ignoranz“ von Repräsentierenden eingingen, ergänzt. Außerdem trat die Befürchtung auf, dass die Nähe zu „Leuten vor Ort“ verloren gehe. Aussagen wie diese stießen bei anderen Teilnehmenden auf Zustimmung. Auch „übertriebener und festgefahrener Bürokratismus“ und „zu viel Einfluss und Überregulierung durch die EU“ wurde festgehalten. Bezüglich der Umsetzung von Beschlüssen wurde die Angst geäußert, dass „durch Uneinigkeiten Lösungen für wichtige Herausforderungen, wie zum Beispiel die Klimaerwärmung, blockiert“ würden und die Lösungsansätze „zu kleinstufig“ seien. Bezüglich der EU als Wirtschaftsraum wurde die Angst vor Inflation, Neoliberalismus

11. Diese These sorgte zum Teil für Verwirrung. Während einige annahmen, es ginge um die Mitbestimmung der EU in der Welt, verstanden andere sie so, wie sie ursprünglich gemeint war: Mitbestimmung der BürgerInnen an der EU-Demokratie.

und vor Ungerechtigkeiten erwähnt. Zwei Teilnehmende aus unterschiedlichen Orten notierten, dass sie keine Angst oder Sorgen zu Europa verspüren würden.

**An Europa stört mich...**

Bei der Frage, was Teilnehmende an Europa stört, wurden insgesamt 56 Gedanken niedergeschrieben. In mehr als der Hälfte der besuchten Orte bezogen sich BürgerInnen insbesondere auf die **Arbeitsweise der EU**. Dabei wurde beispielsweise das Verwaltungswesen der EU als „Bürokratieberg“ beschrieben, der „an allen Ecken und Enden“ für „langwierige“ Entscheidungsprozesse Sorge, die generell „zäh“, „unsinnig“ und „lebensfern“ seien. Ebenso wurde eine „fehlende Prozesstransparenz und Durchsetzungsfähigkeit“ sowie „Unverbindlichkeit“ von Beschlüssen bemängelt, sodass „eher schlechte Kompromisse, als praktische Lösungen“ erarbeitet werden würden.

Auch Lobbyismus wurde kritisch bewertet und der Einfluss der „Lobbywirtschaft“ als zu groß und „an den Interessen der Bürger vorbei“ eingeschätzt. In Hof wurde sich stichwortartig an „Brüssel“ und „lügenden Politikern“ gestört. Hinsichtlich der **Einflussnahme auf europäische Politik** wurde des Weiteren in vier von zehn Orten von Teilnehmenden mehr Mitbestimmung gefordert und „die mangelnde Öffentlichkeitsarbeit der EU“ kritisiert.

In punkto **Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten** wurde sich an „nationalem Egoismus“ gestört und daran, dass einzelne EU-Länder auf „eigene Vorteile bedacht sind und damit Fortschritt und vernünftige Lösungen behindern“ würden. Auch wurde einmal kritisiert, dass es Mitgliedstaaten gäbe, „die nur nehmen wollen und selbst wenig geben“. Andernorts wurde darauf hingewiesen, dass die EU-Mitgliedstaaten „kulturell zu unterschiedlich“ seien, dass es zu viele Mitgliedstaaten gäbe oder es wurde die Aufnahme „politisch fragwürdiger Staaten“ bemängelt.

Im Hinblick auf die **europäische Agrar- und Umweltpolitik** wurde in Herne und Hof Kritik an der Subventionspolitik geäußert, namentlich „Agrarsubventionen, die Monokulturen und Massentierhaltung fördern, Ökoschäden verursachen und im Export die afrikanische Landwirtschaft zerstören“. Mehrfach wurde der Einfluss der „europäischen Zoll- und Handelspolitik auf afrikanische Märkte“ für negativ gehalten. In Hof wurde der „fehlende Einsatz für den Klimaschutz“ bemängelt.

Im Bereich **Bildung und Soziales** wurde bemängelt, dass es keinen gemeinsamen Bildungsstandard gebe, zu wenig Regionalfonds und kein bedingungsloses Grundeinkommen. Weitere Themen, die jedoch nur partikular bemängelt wurden, waren unter anderem infrastrukturelle Probleme, die „verhindern

schnell von A nach B zu kommen“, die „Sparpolitik der EU“ und es wurde Kritik an „Tourismus, der negative Auswirkungen auf Preisgestaltungen in Städten hat“ geäußert.

**EU-Quiz**

Insgesamt wurde das EU-Quiz von 78 Personen ausgefüllt. So nahmen etwas weniger als die Hälfte der Teilnehmenden an dem Multiple-Choice-Quiz teil und testete das eigene Wissen rund um die Europäische Union. Die Fragen lauteten:

- Wann findet die nächste EU Parlamentswahl, genannt „Europawahl“, statt? [Multiple Choice]
- Kennen Sie eine/n EU Abgeordnete/n? Wenn ja, wen?
- Warum wurde die Europäische Union gegründet? [Multiple Choice]
- Seit wann wird in Deutschland mit dem Euro bezahlt? [Multiple Choice]
- Wie viele (Amts-)Sprachen gibt es in der Europäischen Union? [Multiple Choice]

Viele griffen an der Station zwar interessiert nach den Bögen des EU-Quiz, legten diese jedoch wieder zurück. Selbst der ausdrückliche Hinweis, dass es nicht schlimm sei, wenn nicht alle Fragen beantwortet würden, konnte die meisten nicht vom Ausfüllen überzeugen. Nicht selten wurde nach einem prüfenden Blick auf die Fragen lachend kommentiert: „Da weiß ich gar nichts von!“. Andere Personen, die teilnahmen, holten sich Tipps von ihren Bekannten. Somit ist die Auswertung dieser Station schwer in ein Verhältnis der andern Stationen zu setzen.

Die ausgefüllten Bögen ergaben, dass bei vier von fünf Fragen eine deutliche Mehrzahl richtig lag. So konnten über 90 % der Teilnehmenden die Frage, wann der Euro eingeführt wurde, korrekt beantworten. Nahezu 80 % wussten, wann die nächste Europawahl stattfinden wird und fast 70 % kannten die Anzahl der EU-Amts-sprachen.

Bei der Frage nach der **Nennung von Mitgliedern des Europäischen Parlaments** konnten 60 % eineN EuropapolitikerIn nennen. Am häufigsten wurde Jean Claude Juncker (9-mal

**Station - Wissen**  
 Anonym erfassen wir an dieser Station das Wissen der EUROPA HÖRT Teilnehmenden anhand von fünf kurzen Fragen rund um die Europäische Union.  
 Bitte füllen Sie den Bogen alleine aus und werfen ihn ohne Angaben von Namen in den dafür vorgesehenen Kasten. Herzlichen Dank! Bitte immer nur eine Antwort ankreuzen.

Wann findet die nächste EU Parlamentswahl, genannt "Europawahl", statt?

<input type="checkbox"/> Dezember 2018	<input type="checkbox"/> Mai 2019	<input type="checkbox"/> September 2020
----------------------------------------	-----------------------------------	-----------------------------------------

Kennen Sie einen EU Abgeordneten? Wenn ja, wen?

Warum wurde die Europäische Union gegründet?

Um Demokratie, Frieden und den Wohlstand in Europa zu sichern und zu fördern.  
 Um eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zu ermöglichen.  
 Um die Nationalstaaten in Europa abzuschaffen.

Seit wann wird in Deutschland mit dem Euro bezahlt?

<input type="checkbox"/> 1992	<input type="checkbox"/> 2002	<input type="checkbox"/> 2010
-------------------------------	-------------------------------	-------------------------------

Wie viele (Amts-)Sprachen gibt es in der Europäischen Union?

<input type="checkbox"/> 12	<input type="checkbox"/> 24	<input type="checkbox"/> 30
-----------------------------	-----------------------------	-----------------------------

Wir behandeln Ihre Antworten zu jeder Zeit anonym.

aufgeführt – und das als einziger nicht deutscher Politiker. Elmar Brok (6-mal), sowie Günther Oettinger (5-mal) kamen ebenfalls häufiger vor. Gregor Gysi wurde ebenfalls 5-mal genannt, obgleich dieser zwar Präsident der europäischen Linken, jedoch kein Abgeordneter des Europäischen Parlaments ist. Vereinzelt waren durchaus die eigenen Abgeordneten im Europäischen Parlament bekannt, so zum Beispiel Udo Bullmann (SPD), Michael Detjen (SPD) und Jo Leinen (SPD). Auch David McAllister (CDU) wurde in Niedersachsen genannt, sowie Martin Sonneborn (Die Partei) in Marzahn-Hellersdorf. Terry Reintke (Bündnis90/Die Grünen) und Gabriele Preuß (SPD) waren jeweils in NRW bekannt.

Lediglich bei der Frage, wieso die Europäische Union 1992 gegründet wurde, wussten nur 44 % die richtige Antwort. Dies war der Tatsache geschuldet, dass 13 % „Um eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zu ermöglichen“ ankreuzten (dies war jedoch das Ziel der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)) anstatt „Um Demokratie, Frieden und den Wohlstand in Europa zu sichern und zu fördern“.<sup>12</sup>

## Wunsch

„Wenn mein Wunsch an Europa morgen in Erfüllung ginge, dann wünschte ich mir...“

55 Teilnehmende schrieben ihre Wünsche anonym auf Zettel und warfen sie in eine geschlossene Box, welche erst zum Ende der Reise geöffnet wurde.

Die Auswertung zeigt: Der größte Themenkreis bezog sich eindeutig auf **Wünsche nach mehr europäischer Integration**, Zusammenarbeit, Solidarität, gemeinsamen Werten und Vereinigung. Ebenfalls große Aufmerksamkeit erhielten die Bereiche Außenpolitik, Arbeit und Chancengerechtigkeit sowie Abbau der Bürokratie. In folgenden Themenbereichen wurden ebenfalls mehrfach Wünsche geäußert: Umweltschutz, Asylpolitik, BürgerInnennähe und Soziales. Insgesamt wurden mehr befürwortende Wünsche hinterlassen, zum Beispiel der Wunsch nach „mehr Zusammenarbeit“ als negierende, etwa, dass die EU etwas unterlassen solle. Im Anhang („Gesammelte Wünsche“, S. 22) findet sich die gesamte Liste aller niedergeschriebenen Wünsche.

## DIE ERKENNTNISSE DER DIALOGREISE

Überschneidend lassen sich fünf Überthemen erkennen, welche die Menschen beschäftigt haben.

### FRIEDEN UND REISEFREIHEIT

„Frieden, seit mehr als 70 Jahren.“

„Ich genieße meine Reisefreiheit ohne dass ich kontrolliert werde.“

Die mit Abstand häufigsten Assoziationen, welche in Bezug auf Europa genannt wurden, waren Frieden und Reisefreiheit. „Frieden“ wurde von allen, jedoch stärker von älteren Gesprächsteilnehmenden geäußert, sowohl bezüglich der Frage „Woran denken Sie als erstes, wenn ‘Europa’ hören?“, als auch in Bezug auf Zukunftswünsche und Errungenschaften. Während ältere Menschen Frieden und Reisefreiheit als zentrale **Errungenschaften der Europäischen Union** anerkannten, empfanden jüngere Menschen diese Verhältnisse eher als normal. Auffallend war ebenso, dass ältere Personen die heutige Situation des Friedens und der Reisefreiheit häufig mit Erfahrungen vergangener Zeiten verglichen, wie dem

Leben ihrer Eltern oder ihren eigenen Biografie zu Zeiten der DDR. Besorgt äußerten sich die Teilnehmenden zum Teil in Bezug auf neuerliche kriegerische Töne von Seiten der USA oder Russlands.

Häufig wurde der Satz „70 Jahre Frieden“ ausgesprochen und als für sich selbst sprechendes Argument dargelegt. Verhältnismäßig selten hingegen war von der Bezeichnung „Friedensprojekt“ für Europa die Rede. „Frieden“ galt unter den Teilnehmenden nicht als ein Projekt, sondern als bestehende Errungenschaft.

Mit dem Thema „**Reisefreiheit**“ hingegen wurde häufiger die Beseitigung mühsamer Prozesse wie Passkontrollen assoziiert. Der persönliche Alltag wurde als erleichtert beschrieben. Nicht selten wurde dabei bedauernd auf neuerliche Schlagbäume innerhalb der EU und die damit zusammenhängenden nationalistischen Töne verwiesen. Gerade in den Gesprächsrunden in den Grenzregionen kam deutlich zum Ausdruck, dass Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Union den Alltag der Menschen behindern und nicht ihrer gelebten Realität entsprechen würden. Denn diese arbeiten zum Teil im europäischen Ausland, kaufen dort ein oder besuchen regelmäßig ihre Familien oder FreundInnen auf der anderen Seite der „Grenze“.

12. Siehe Präambel des Vertrags von Maastricht: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:11992M/TXT&from=DE> und <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/241854/vertrag-von-maastricht>

## BÜROKRATIE ALS GEGNERIN DER EUROPÄISCHEN IDEE

„Ich denke, dass die Bürokratie den sozialen Frieden hier gefährdet.“

„Ich habe manchmal das Gefühl, die stehen sich da oben in Brüssel im Weg. Und die Bürokraten der EU haben eine besondere Sicht auf die Dinge und verstehen unsere Bedürfnisse nicht.“

Die Auswertung der Gespräche zeigt eine deutliche Diskrepanz zwischen dem, was Teilnehmende als „europäische Vision“, „Projekt Europa“ oder „Idee von Europa“ beschrieben und ihrer Wahrnehmung davon, wie dies tatsächlich verwirklicht wird. Während Europa als Idee, Projekt oder Vision durchweg positiv besetzt war, wurde die Verwirklichung dieser Ziele hauptsächlich negativ konnotiert. Der Wunsch nach einem kulturell vielfältigen Staatenbund, der sowohl soziale und ökologische Standards bietet, als auch wirtschaftlich kooperiert, war groß. Die Anerkennung für die politischen Institutionen Europas – Parlament, Rat, Kommission oder Gerichte – die eben dies umzusetzen versuchen, fiel jedoch gering aus.

Der am häufigsten genannte Kritikpunkt war eine „umständliche Bürokratie“, die aus Sicht der Teilnehmenden der Visionsumsetzung im Wege stehe. Hierbei spielten nicht nur medial geprägte Klischees scheinbar sinnloser Regulation eine Rolle, sondern auch eigene konkrete Erfahrungen, zum Beispiel mit beantragten Fördermitteln oder rasch wechselnden Bestimmungen, die den Arbeitsalltag der Menschen beeinflussen. Die Kritik ging häufig mit dem Vorwurf einher, die EU sei intransparent. Nicht nur, dass ein unnötig großer bürokratischer Aufwand hinter allen Maßnahmen vermutet wurde – die Nachvollziehbarkeit wurde ebenso bemängelt. Während die Teilnehmenden bei anderen Themen und Argumenten einander widersprachen, waren sie sich in puncto „Bürokratie“ einig: diese behindere im Grunde alles. Mit Ausnahme von konkreten selbst erlebten Fällen wurde dabei selten erklärt, welcher bürokratische Prozess als sinnlos, intransparent oder übertrieben wahrgenommen wurde. Die verschiedenen politischen Institutionen wurden nicht auseinandergelassen. Im Kontrast zu dieser allgemeinen Verteufelungsstimmung zeigten jene Verständnis gegenüber den politischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen, die bereits an einer Bildungsreise nach Brüssel oder Straßburg teilgenommen und die Institutionen selbst besucht hatten.

## KRITISCHER BLICK NACH OSTEN

„Rechtsstaatlichkeit und freie Presse sind europäische Werte. Da wird's aber schwierig in Polen und Ungarn.“

„Das europäische Gefühl beschränkt sich auf die Nachbarstaaten, ich habe ein gespaltenes Verhältnis zu den neuen. Die haben mit dem europäischen Gedanken nicht viel zu tun.“

Quer durch Deutschland zog sich ein kritischer Blick nach Osten, ob es um die Frage der Aufnahme von neuen Mitgliedstaaten, des übergreifenden Arbeitsmarkts, der sozialen Standards oder der kulturellen Wertschätzung ging. Vor allem die „Osterweiterung“ von 2004 und 2007 beschrieben ältere Gesprächsteilnehmende als übereilt. Vereinzelt beschwerten sich Personen, dass sie nicht gefragt worden seien.<sup>13</sup> Bei allen drei Schwerpunktthemen fand der kritische Blick nach Osten seinen Niederschlag. Europäisch angeglichenen Sozialstandards wurden gewünscht, allerdings wurde bezweifelt, dass die osteuropäischen Staaten diese jemals erreichen würden. Spannend hierbei ist, dass eine mögliche „Verringerung“ der sozialen Standards in Deutschland, um ein angeglichenes „soziales Europa“ zu schaffen, kaum genannt wurde. Vereinzelt kritisierten die Teilnehmenden auch die geringfügige Bezahlung osteuropäischer Arbeitskräfte, wobei die Kritik meist den deutschen ArbeitgeberInnen galt, manchmal allerdings auch den ausländischen ArbeitnehmerInnen, die durch zu niedrige Preise den Arbeitsmarkt beschädigen würden. Zudem trat ebenso die Meinung auf, eine „osteuropäische Kultur“ würde weniger „zu Europa passen“, als eine „süd- oder nordeuropäische“. Des Weiteren wurde in fast allen Orten die politische Entwicklung in Polen und Ungarn als bedenklich eingeordnet. Der dort zunehmende Nationalismus gefährde die Idee der Europäischen Union. Nur eine Person stemmte sich gegen den kritischen Blick nach Osten: „Wir haben eine Verantwortung gegenüber den Problemen dieser Welt. Es braucht sachliche und offene Debatten, ohne mit dem Zeigefinger auf die Osteuropäer zu zeigen. Wir Deutschen sollten nicht der Lehrmeister sein.“

13. Ganz ähnlich verliefen die Gespräche, wenn es um die Einführung des Euro ging. So beschwerten sich mehrfach Teilnehmende unterschiedlicher Orte sowohl über den voreiligen Einführungszeitpunkt als auch eine fehlende Befragung der Bevölkerung.

## DIE „IMMER-DEUTSCHE-BRILLE“

„Alles, was in Brüssel reguliert wird, geht gegen Deutschland. Hier gibt es einen unheimlich hohen Standard. Wenn das reguliert wird und es einen Zugang für alle gibt, wird's schwierig.“

„Die Saisonarbeiter nehmen das ganze Geld immer mit und leben dann das ganze Jahr davon. Wenn sie hier wohnen und leben, dann wäre das ein Kreislauf, aber so nicht.“

Aus den genannten Sorgen, Ideen und Kritikpunkten der Teilnehmenden lässt sich eines **selten erkennen: ein europäischer Blick**. Es scheint, als hätten die meisten Teilnehmenden eine „Immer-deutsche-Brille“ auf, durch welche sie sämtliche Themen betrachteten. So wurde beispielsweise innereuropäische Migration begrüßt, wenn damit gemeint war, selbst in südliche Länder auswandern zu können – aber eher abgelehnt, wenn es um einen Zuzug von Arbeitskräften aus Ost- und Ostmitteleuropa ging. Die Abwanderung von deutschen FachärztInnen nach Schweden wurde bedauert, die Chance deutscher StudentInnen im Ausland Erfahrungen zu sammeln begrüßt. Die Frage „Soll die EU gemeinsame Herausforderungen (z.B. Migration) solidarisch lösen?“ wurde mit einer überaus deutlichen Mehrheit bejaht. Es ist davon auszugehen, dass das Ergebnis anders ausgegangen wäre, hätte in den Klammern als Beispiel das Wort „Schulden“ oder „Arbeitslosigkeit“ gestanden statt „Migration“. Wo vermutet wird, dass Deutschland als Nationalstaat von Zusammenarbeit profitieren würde, wird diese begrüßt; wo – kurzfristig gesehen – mehr Vorteile für andere Länder vermutet werden, scheint das nationalistische Handeln im Vordergrund zu stehen.

Aufgebrochen wurde die „Immer-deutsche-Brille“ allerdings bei der Furcht vor Nationalismus, die viele Teilnehmende von sich aus nannten. Außerdem wurde dem Faktor „gemeinsame Werte“ stets die höchste Priorität gegeben, wenn es um den ausschlaggebenden Faktor dafür ging, sich europäisch zu fühlen. Das Gefühl, als europäische BürgerInnen aller Mitgliedsländer in gewisser Weise zusammenzugehören, scheint gegeben. Zum Ausdruck kommt dies etwa durch Formulierungen, wie „Wir in Europa müssen...“ oder „Die Europäer sind...“. Wenn es dagegen um Verantwortung und Einflussnahme sowie Pflichten ging, wechselte die Sprache zurück zu Formulierungen, wie „Deutschland in Europa muss...“ oder „Ich als Deutsche finde...“. Es schien fast, als hätten manche Teilnehmende Angst,

Deutschland könne in Europa zu schlecht behandelt werden. Die Mehrzahl betonte jedoch deutlich, dass Deutschland in ihren Augen stark von der EU profitiere.

## EUROPA ÜBERZEUGT IM KLEINEN

„Ich habe 30% polnische Kollegen, also ich finde das sehr schön! Mit der politisch-wirtschaftlichen Ebene verbinde ich das nicht so.“

„Die europäischen Institutionen sind wichtig, aber sie bringen einem nicht das Gefühl, sich europäisch zu fühlen.“

Zahlreiche Dialogteilnehmende haben während der Reise persönliche Geschichten erzählt, die sie mit Europa verbinden. Diese waren durchweg positiv. So erzählte ein junger Mann in Merzig von seinen zahlreichen Ausflügen nach Frankreich und dem Gefühl, mit den französischen NachbarInnen auf natürliche Weise zusammenzugehören. Ein älterer Herr berichtete wie er als Jugendlicher selbst ein Buch mit dem Titel „Die Vereinigten Staaten von Europa“ schreiben wollte. Und eine Frau in Prenzlau erzählte, dass sie Jugendreisen in Europa organisierte und begeistert erlebe, wie sich alle trotz Sprachbarrieren wunderbar verstehen. Die Menschen erzählten von europäischen Hochzeiten, von europäischen Freundschaften, von europäischen Kochabenden und europäischen Reiseerfahrungen. Alle Teilnehmenden, die eine solche **Geschichte** zu erzählen hatten, konnten diese zwar hauptsächlich aufgrund vorausgegangener politischer Arbeit der EU erleben, setzten diese jedoch nicht in Verbindung mit ihren Erlebnissen. Auch wenn mit einer Ausnahme<sup>14</sup> keine persönliche Verbundenheit zu den Institutionen und politischen Prozessen der EU bestand, so wurden deren „Früchte“ als gewinnbringend anerkannt. Eine Reihe von Teilnehmenden berichtete allerdings von der Erfahrung, erst im außereuropäischen Ausland den sowohl persönlichen als auch politischen Wert Europas erkannt zu haben.

14. An einem Ort berichteten Teilnehmende davon, wie sie sich mit ihren europäischen Nachbarstädten zusammengetan hätten, um sich gegenseitig bei der Beantragung von EU Fördergeldern für die Instandsetzung und Renovierung der in der Region gelegenen Schlösser zu unterstützen. Der Zusammenschluss war erfolgreich und die Erfahrung eine politische.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

**A**uf Grundlage sämtlicher Gespräche der Dialogreise empfiehlt das Projektteam den Europa-KommunikatorInnen auf Bundesebene, in den Landesregierungen und in der Zivilgesellschaft fünf Maßnahmen:

### **BürgerInnendialoge statt Frontalbeschallung veranstalten.**

Das Format der Dialogreise wurde von den Teilnehmenden überaus positiv bewertet. Sowohl europaskeptische als auch sehr pro-europäische Menschen zeigten Zufriedenheit über die Möglichkeit ihre Ansichten zu teilen und in den Austausch mit anderen zu treten. BürgerInnendialoge sollten demnach nicht nur dem klassischen Format folgen, bei dem ein PolitikerIn zu BürgerInnen reist, um deren Fragen frontal zu beantworten. Stattdessen sollten solche Formate den Dialog zwischen den BürgerInnen untereinander ermöglichen – und das innerhalb von Formaten, die „auf Augenhöhe“ stattfinden. Während eine Informationsveranstaltung zu Europa auf die Wissensvermittlung von VeranstalterInnen zu BürgerInnen abzielt, hat die Dialogreise die Teilnehmenden als VermittlerInnen ihrer eigenen Meinung verstanden und ihre Beiträge als Erkenntnisse mitgenommen.

### **Persönliche Möglichkeiten als Konsequenz erfolgreicher Politik vermitteln.**

Die persönlichen Geschichten und positiven Erfahrungen der Teilnehmenden zu Europa werden selten als Konsequenz politischer Arbeit verstanden. In vielen Fällen jedoch wären diese positiven Erfahrungen ohne europäische Vereinbarungen gar nicht erst zustande gekommen. Zum einen kommt es deshalb darauf an, Bemühungen und Errungenschaften der Europapolitik nachvollziehbar zu kommunizieren. Zum anderen muss es gelingen, eine emotionale Verbindung der BürgerInnen zu politischen Prozessen, wie Abstimmungen, Wahlen oder Konsultationen herzustellen. Hier ist keine blinde Europa-Euphorie gefordert, sondern lediglich eine Nähe, die jener Bedeutung gerecht wird, die die EU im Alltag der BürgerInnen spielt.

### **Hindernisse im politischen Prozess ehrlich benennen.**

Sozialstandards, Klimaschutz, Migration: Politische Ziele von europäischen Parteien sind zum Teil bekannt, die praktischen Maßnahmen zu ihrer Umsetzung jedoch kaum. Diese müssen transparenter erklärt werden, sonst entsteht der Eindruck von Handlungsunfähigkeit oder lähmender Uneinigkeit. Das Gefühl vieler BürgerInnen, dass wir in Europa „gemeinsam nichts hinbekommen“ ist für die Europapolitik fatal. Tatsächliche Hindernisse auf dem Weg zur praktischen Umsetzung von politischen Zielen sollten genauer benannt werden.

### **Ressentiments gegenüber Ost- und Ostmitteleuropa untersuchen.**

Die Dialogreise hat gezeigt, dass Ressentiments gegenüber Ost- und Ostmitteleuropa sehr verbreitet sind. Diese Ergebnisse sollten weiter in einer repräsentativen Studie untersucht werden, um zu prüfen, ob sich dieser erste Eindruck bestätigt. Eine repräsentative Umfrage könnte auch zeigen, an welchen Orten die Ressentiments besonders verhaftet sind. Auf dieser Grundlage könnten dann politische Antworten gefunden werden, um den Ressentiments entgegen zu wirken. Denn sollten diese sich bewahrheiten und unadressiert bleiben, erscheint eine Zustimmung der Bevölkerung zu einer vertieften europäischen Demokratie unwahrscheinlich, sofern diese Ost- und Ostmitteleuropa einschließen soll.

### **Kritik als europäische Haltung begreifen und fördern.**

Kritik ist wünschenswert und Reformen der EU sind nötig – soweit waren sich fast alle Teilnehmende einig. „Europäische Werte“ genossen bei der ersten Gruppenaufgabe außerdem eine große Beliebtheit. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit leben als Werte unter anderem von der Möglichkeit, Kritik zu üben. Deshalb muss berechtigte Kritik an die Institutionen einfach herangetragen werden können und politische Prozesse müssen nachvollziehbar sein, sodass Mitgestaltung Wirklichkeit wird. Engagiert-kritische BürgerInnen würden sich so stärker in die Europapolitik einbringen. Davon würde der europäische Einigungsprozess profitieren, sofern die Institutionen und EU-AkteurInnen konstruktive Kritik als „europäische Haltung“ verstehen und nicht als „gegen“ die Europäische Union werten.



Teilnehmende in Olfen, Hessen, in der geschlossenen Runde

## GESAMMELTE WÜNSCHE

### ZUSAMMENHALT, INTEGRATION, WERTE UND SOLIDARITÄT

- Dass die Menschen erkennen, dass wir in Zukunft nur als gemeinsames Europa bestehen können. Wir müssen alle an einem Strang ziehen.
- Dass Europa erhalten bleibt.
- Dass sich meine Befürchtung, das Projekt EU wird misslingen, nicht erfüllt.
- Dass Europa mit einer Stimme spricht, aber in allen verschiedenen Sprachen der EU, sodass die Menschen als Europäer auch ihre nationale Identität behalten können.
- Definition einer gemeinsamen Zukunftsvision für Europa.
- Rückführung nationaler Egoismen, Besinnung auf gemeinsame europäische Themen.
- Mehr Gemeinschaft und Verständnis.
- Europa, bes. Deutschland, kann gewaltfreier sein.
- Deutschland soll gewaltfrei und solidarisch werden.
- Eine Wertediskussion mit den USA und China.
- Einzelne Nationalstaaten bewahren, aber alle selbe Sprache sprechen (z.B. Englisch), damit man sich besser versteht.
- Umbau der EU zum Bundesstaat mit europäischer Regierung.
- Ein geeintes Europa.
- Umfassende und einheitliche Integration aller Mitgliedsstaaten.
- Vereinte Nationen Europas.
- Die Vereinigten Staaten von Europa.
- Vereinter Arbeitsmarkt, gemeinsame Politik.
- Bessere politische Zusammenarbeit der verschiedenen Länder zum Wohle der Bevölkerung und kein Kleinkrieg verschiedener Staaten.
- Einheitliche Infrastruktur.
- Einheitliche Währung.
- Einheitliche Bildungsstandards / Gleiche Voraussetzungen für den Bildungsmarkt.
- Bessere Zusammenarbeit der nationalen Abgeordneten in Europa.
- Dass alle Mitgliedstaaten im Sinne der EU und nicht im Sinne der Mitgliedstaaten arbeiten.
- Mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, aber es sollten nicht immer nur die einen nehmen und die anderen geben.
- Abschaffung der EU.

### BÜRGERINNENNÄHE

- Mehr Transparenz und Informationen (u.a. über die Arbeit im Europäischen Parlament).
- Kontrolle der Brüsseler Bürokratie durch die Menschen in der EU / Verständnis der Politiker für Probleme an der Basis → Europa braucht eine größere Bürgernähe.

### ASYLPOLITIK

- Dass Ausländer in den Ländern bleiben, wo sie wohnen. Mit Unterstützung aus der ganzen Welt.
- Migrierte Kriminalität bekämpfen.
- Die Anzahl der Flüchtlinge reduzieren.
- Funktionierende, soziale und verantwortungsbewusste Asylpolitik.

## AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

- “Bessere” Friedenspolitik, Veränderung der Russlandpolitik im positiven Sinne.
- Abrüstung und eine strengere Kontrollierbarkeit des Waffenhandels.
- Die Zusammenarbeit mit Russland und Putin verbessern.
- Beseitigung von internationalen Konflikten, größere und harmonische Beziehungen.
- Starke Außenpolitik / gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der einzelnen Länder.
- Frieden.
- Sicherheit für alle.

## ARBEIT, SOZIALES UND CHANCEN

- Tariflöhne für Europa für jeden Beruf.
- Frei zugängliche Arbeitsmärkte zu gleichen Bedingungen.
- Angleichung (sozialer) Strukturen in allen 28 Mitgliedstaaten.
- Einheitlicher Umgang mit Problemen und Sorgen der Bevölkerung.
- Gleiche Chancen und Bedingungen für alle.
- Gleichberechtigung aller Beteiligten.
- Gleiche Chancen für alle, egal in welchem Land.

## REGIONALES

- Die ländliche Bevölkerung nicht abzuhängen aufgrund von Wählern im städtischen Raum (z.B. bei verschiedenen Themengebieten Wählerstimmen nach Betroffenheit verteilen).
- Gleiche Strukturen für Stadt und Land in allen Regionen.
- Regionalpolitik für ländliche Regionen / Blick auf Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in ihrer Region.

## UMWELT

- Stärkere EU mit starkem Umweltgedanken und für die Menschen, nicht gegen sie.
- Ernsthafter Umweltschutz, Förderung ökologischer Landwirtschaft, Aufklärung über Lebensmittelproduktion und deren Konsequenzen, die Förderung recycelbarer Rohstoffe und die Minimierung von Plastik.
- Eine verbindliche Umsetzung des Pariser Klimaabkommens.

## INFORMATION UND MEDIEN

Ein europäisches Medienformat mit Informationen überall aus Europa, damit sich die Menschen ab übermorgen besser miteinander verstehen.

## BÜROKRATIE UND WIRTSCHAFT

- Umsetzbare politische Entscheidungen.
- Kürzere Entscheidungswege bei örtlichen Betroffenheiten (z.B. Wolfsproblematik im ländlichen Raum).
- Änderung der Förderrichtlinien
- Verbot von kapitalistisch, ökonomisch forciertem Lobbyismus.

## DANK

**Z**ahlreiche Menschen haben an dem Projekt „**Europa Hört – eine Dialogreise**“ mitgewirkt. Unser Dank gilt in erster Linie den Personen, welche an den Dialogrunden in zehn Orten Deutschlands teilgenommen und uns ihre Ansichten und Gefühle rund um das Thema Europa mitgeteilt haben. Ohne die tatkräftige Unterstützung unser Hauptpartner in den jeweiligen Orten wären die Runden nicht zustande gekommen: Dorfgemeinschaft Olfen e.V., LandFrauen Verein Ostenholz, Europa-Union Herne, Jugend Kultur Werkstatt Pirmasens, SOS-Kinderdorf Saar / Mehrgenerationenhaus Merzig, Dorfkrug Bockhorn, Stadtbibliothek Hof, Begegnungsstätte Diester, Forum & Projekt Lausitz e.V., Bezirkszentralbibliothek Mark Twain, Mansfelder Geschichts- und Heimatverein e.V. und das Bürgermeisterinnenbüro Lutherstadt Eisleben. Wir sind ihnen für die vielen Telefonate, E-Mails, die Bewerbung und organi-

satorische Unterstützung rund um den Besuch sehr dankbar. Des Weiteren danken wir der Bundeszentrale für politische Bildung, welche die Dialogreise finanziell unterstützt und somit erst möglich gemacht hat, für das Vertrauen. Für eine weiterführende Kommunikation der Projektergebnisse, die Realisierung des Begleitfilms sowie eine große Ergebnispräsentation danken wir der Stiftung Mercator. Ebenso möchten wir dem Fotografen Alexander Probst und den Illustratorinnen Jana Kreisl und Soufeina Hamed danken, die diese Reise in eindrucksvollen Bildern und Zeichnungen festgehalten haben. Nicolina Kirby, welche als Projektassistentin die Dialogrunden moderierte und Gesche-Maren Siems, welche als Praktikantin sämtliche Runden protokollierte, gilt außerdem ein großer Dank. Ihre Professionalität, Geduld und ihr Interesse sorgten bei jeder Dialogrunde für eine ideale Atmosphäre.

## AUTORIN



**Paulina Fröhlich**  
Projektmanagerin,  
Das Progressive Zentrum

*Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für inhaltliche Aussagen trägt die Autorin die Verantwortung.*



**D**as Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und

Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche „*Zukunft der Demokratie*“, „*Strukturwandel*“ sowie „*Internationale Beziehungen*“ mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (u. a. Frankreich, Polen, Großbritannien) sowie in den USA.

## IMPRESSUM

Alle Rechte vorbehalten.  
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten  
des Progressiven Zentrums, auch in Auszügen, ist nur  
mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2019

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert  
c/o Das Progressive Zentrum e.V.  
Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorstand: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach, Katarina Niewiedzial  
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

[www.progressives-zentrum.org](http://www.progressives-zentrum.org)  
[mail@progressives-zentrum.org](mailto:mail@progressives-zentrum.org)  
[www.facebook.com/dasprogressivezentrum](https://www.facebook.com/dasprogressivezentrum)  
twitter: @DPZ\_Berlin

Redaktion: Vincent Venus

Fotos: ©Jacob&Alex  
Illustration, Design Städtenamen: Jana Kreisl und Soufeina Hamed  
Grafikdesign & Layout: Daniel Menzel

1927 - Der erste T...  
2017 - Hörbehin...  
1953 - Der M...  
2017 - Gebu...



# EUROPA HÖRT

EINE DIALOGREISE



Gefördert durch



[www.europa-hoert.de](http://www.europa-hoert.de)